

# Volksrecht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Bezugpreis monatlich 25 Pfg., vierteljährlich 75 Pfg., einschließlich Trägerlohn. In den Abholstellen monatlich 20 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 75 Pfg., einschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 5 Pfg.

Anzeigenpreise:

Die gespaltene Zeile 20 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die gespaltene Kettzeile 60 Pfg. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.

Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif

## Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition  
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 5

Danzig, Sonnabend den 5. Februar 1916

7. Jahrgang

### Belagerungszustand und Zensur

Rede des Abgeordneten Dittmann-Solingen

in der Plenarsitzung des Reichstags am 18. Januar 1916.

Abg. Dittmann (Soz.): Das Symbol, unter dem wir jetzt in die Beratung eintreten müssen, ist der Maulkorb, ein Maulkorb für den deutschen Reichstag. Hier ist der Beweis! (Redner zeigt dem Hause einen Reichstagsbericht des Volksblatt für Halle, aus dem die Zensur verschiedene Stellen gestrichen hat.) So fuhr weiter die Zensur bei den Reden herum, die wir halten. (Lebhafte Hörs, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die weißen Stellen, die Sie sehen, enthielten die Kritik, die Simon hier am Donnerstag an der Reichstagsredaktion geübt hat. Die Zensur in Halle streicht einfach die Kritik aus dem Reichstagsbericht heraus. (Erneute Rufe bei den Sozialdemokraten: Hörs, hört!) Das Volk soll nicht erfahren, was im Reichstag gesagt worden ist; das ist unerhört, das ist eine Verletzung der Reichsverfassung (lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten), die wahrheitsgemäße Reichstagsberichte ausdrücklich zum Abdruck freigibt. Es geht um das Recht des Reichstags! (Glücke des Präsidenten.) Es handelt sich nicht um den Mißgriff eines örtlichen Zensors, nein, die Streichung in Halle ist auf telegraphische Anordnung von Berlin aus erfolgt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Mein Gewährsmann in Halle, Redakteur Hennig, schreibt mir darüber folgendes:

Nachfrage Montag bei dem Zensor telefonisch an, ob diese Streichung im Reichstagsbericht mißverständlich sei. Darauf erwiderte mir der Postkommissar Fehring: „Nein, ich habe so gar telegraphische Nachricht aus Berlin, die Streichungen bleiben bestehen.“ (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Und mein Gewährsmann schreibt weiter:

Am Tage nach dem Erscheinen des Reichstagsberichts mit den weißen Stellen teilte uns der Zensor telefonisch mit: „Sie haben nur die Erlaubnis, ganz kleine, unauffällige Stellen weiß zu lassen; die beiden weißgelassenen Stellen im geistigen Parlamentsbericht sind viel zu groß.“ (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es wird Ihnen hiermit das Verbot der Zeitung ausgedroht (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), wenn Sie nochmals so große Stellen weiß erscheinen lassen.“

Da haben Sie die Zensur in Reinfaktur, wie sie lebt und lebt, wie sie tagtäglich bei uns in Deutschland wütet gegen das freie Wort, da haben Sie den schlagenden Beweis dafür, wie unsere Gewalthat im Lande auf Gesetz und Verfassung herumtrampeln. (Große Unruhe, Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dove: Das dürfen Sie nicht sagen, diese Ausdrücke sind nicht zulässig.

Abg. Dittmann: Ich glaube, daß man im deutschen Reichstag deutsch reden könnte. (Präsident Dove verbittet sich jede Kritik seiner Geschäftsführung.) In den Zeiten der Kriegszeit sind oft den Völkern goldene Berge versprochen worden und später wurden die Versprechungen nicht eingelöst. Soll es wieder so gehen, fast scheint es so. Was hat man uns nicht alles im Laufe der Kriegszeit versprochen. Bei Kriegsausbruch verkündete der Kaiser, er könne keine Parteien mehr, nur noch Deutsche. Im Dezember 1914 lagte der Reichstanzler, wie vor einer Raubergewalt sind die Schranken gefallen, die eine öde und dumpfe Zeit lang die Glieder des Volkes trennten, die wir aufgerichtet hatten in Mißverstand, Mißgunst und Mißtrauen. Weiter sagte er, eine Befreiung und Beglückung ist es, daß dieser ganze Welt und Unrat weggefegt ist, daß nur noch der Mann gilt, einer gleich dem anderen. Und dann führte der Reichstanzler aus, Deutschland führe den Krieg für Recht und Freiheit, damit wir uns entwickeln könnten als ein freies Volk. Die letzte Thronrede versichert uns in gehobenem Tonfall, der Geist gegenseitigen Verstehens und Vertrauens wird auch im Frieden fortwirken. Also eine Fülle schöner Worte, feierlicher Versicherungen und freudiger Versprechungen ist über das deutsche Volk ausgesprochen worden. Wenn Worte Taten wären, wäre das deutsche Volk auf dem besten Wege, das freieste und glücklichste Volk zu werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wie aber das versprochene Reich der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in der Wirklichkeit aussieht, das habe ich Ihnen ja schon eingangs an einem drastischen Beispiel gezeigt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wo ist denn der gefeierte Geist des Vertrauens und Verstehens gegenüber dem deutschen Volke? Wer so schöne Zukunftsversicherungen und Versprechungen macht, der muß doch auch in der Gegenwart etwas von diesem Vertrauen verspüren lassen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber es ist alles beim alten geblieben, es herrscht das tiefste Mißtrauen gegen das Volk. Selbst die gesetzlichen Garantien, die die bisherigen Freiheiten schützten, sind beseitigt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Feierlich versicherte der Oberbefehlshaber in den Marken, daß die Verhängung des Belagerungszustandes nur erforderlich sei zur raschen gleichmäßigen Durchführung der Mobilmachung. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber auch nach der Mobilmachung wurde er aufrecht erhalten, und die vollziehende Gewalt verblieb bei den Militärbehörden, die nach und nach ihre Machtbefugnisse erweitert haben, die Pressefreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht, die persönliche Freiheit wurden nach und nach aufgehoben, und an die Stelle von Recht und Gesetz ist Willkürherrschaft und schrankenlose Diktatur getreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Viele Zustände sind nicht etwa die Folge einer Reihe von Mißgriffen, sondern die Folge des ganzen Systems. Das militärische Denken und Fühlen kennt eben nur Befehle und Gehorchen, eine Schule moderner Staatsverwaltungskunst kann die militärische Laufbahn sicher nicht sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was haben die Generalkommandos aus dem Kaiserwort über die Parteien und aus dem Bürgerfrieden gemacht. Nach ihrer Auffassung haben die Parteien überhaupt keine Existenzberechtigung mehr. Das ganze Volk soll einen neutralen Standpunkt haben, aber natürlich der Standpunkt der Militärverwaltung ist. Dabei hat am 19. März v. J. selbst Graf Westarp als Vorsitzender der Budgetkommission festgestellt, daß die Forderung des Bürgerfriedens kein Aufgaben grundföhrlicher Anschauungen und grundföhrlicher Parteistandpunkte bedinge, und der Reichstanzler sagte: Ohne Parteien, ohne politischen Kampf kein politisches Leben auch für das freieste und einigste Volk. Diesen Erklärungen widerspricht die Praxis der Generalkommandos und Zensurbehörden aufs schreckliche. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Befremden zum Sozialismus, die Vertiefung sozialdemokratischer Forderungen wird in einer ganzen

Anzahl von Korpsbezirken nicht geduldet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Presse unserer Partei wird vielfach unter Prezensur gestellt, unsere Redakteure haben einen täglichen Kleinkrieg mit den Zensoren um jedes einzelne Wort zu kämpfen. Angeht es nicht nur eine rein militärische Zensur, in Wahrheit ist sie zur politischen Zensur geworden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Politische Fragen werden einfach für militärische Angelegenheiten erklärt. Ueberhaupt ist jedes Gebiet des öffentlichen Lebens, Politik, Wirtschaft, Kunst, Wissenschaft, Literatur, bürgerliches Leben, alles was ist, in den Bereich der Zensur gezogen, die dort herumwirft wie das bekannte Tier im Porzellanladen. Selbst die Konservativen klagen über die Zensur, doch dürfte auf jedes Duzend Fälle, in denen sie darum zu leiden haben, Hunderte von Fällen bei uns kommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiterklasse kann ihre Interessen nur in vollster Öffentlichkeit vertreten, sie braucht also Presse und Versammlungsrecht. Könnten Sie die Blutsauger schonungslos an den Pranger stellen, die sie trotz hoher Kriegsgewinne um ihren Lohn prellen, so wären manche Mißstände nicht möglich gewesen. Aber die Zensur läßt es nicht zu, sie unterdrückt das einzige Schutzmittel gegen soziale Uebel, die öffentliche Kritik. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Gewerkschaften haben während des Krieges auf das Kampfmittel des Streiks verzichtet. Zum Dank dafür werden sie der Willkür der Unternehmer ausgeliefert. Die Deutsche Arbeiterzeitung konnte die schlimmsten Beschimpfungen und Verleumdungen gegen die Arbeiter hinaus-schleudern, dem deutschen Metallarbeiterverband aber ist verboten worden, einfach die Tatsache auszusprechen, daß von den Unternehmern Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen versucht worden sind. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Und dieses Verbot hat die ausbrüchliche Zustimmung des preussischen Kriegsministeriums gefunden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Da müssen ja die Arbeiter die Zensur als eine Dienerin des Unternehmertums ansehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die rechtzeitige und rücksichtslose Bekämpfung des Lebensmittelwunders wurde in einer ganzen Anzahl von Korpsbezirken von der Zensur einfach unterdrückt. Erst als die Preissteigerung und Erbitterung zu groß geworden war, wurde etwas Kritik des Wunders gestattet, zunächst aber nur für die bürgerliche Presse. Der sozialdemokratischen, die unter Vorzensur stand, wurde nicht einmal der Nachdruck solcher kritischen Artikel erlaubt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine Kritik der absolut unzulänglichen Regierungsmassnahmen ließ die Zensur überhaupt nicht zu. Erst allmählich trat ein Wandel ein, aber als es zu spät war, und der Wucher längst alles Maß überschritten hatte. Der bekannte Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes war sachlich unanfechtbar und in der Form sehr zurückhaltend. Das Wort „Wucher“ kommt überhaupt nicht darin vor. Aber der „Vorwärts“ wurde unter Vorzensur wegen des Abdrucks gestellt. Had bei der Aufhebung der Vorzensur wurde eröffnet, wenn die Redaktion auch weiter nicht beurteilen kann, ob von solchen Artikeln eine Störung des Bürgerfriedens eine unerwünschte Wirkung auf das Ausland zu befürchten ist, so wäre das Oberkommando erneut verpflichtet, die Vorzensur über den Vorwärts zu verhängen. Aber verschiedene Zensurverordnungen in anderen Korpsbezirken waren auch so „beschränkt“, in dem Aufruf des Parteivorstandes keinen Verstoß gegen den Bürgerfrieden zu sehen, darunter auch Fehr v. Gamp in Münster, in dessen Bezirk fast alle sozialdemokratischen Blätter unter Vorzensur stehen. Die Zensur arbeitet auch politisch. Sie schreibt vor, daß bestimmte Artikel gedruckt werden sollen. Sie ist dabei Handlangerin der politischen Polizei. Schon bei Kriegsbeginn hat der preussische Minister des Innern den Versuch gemacht, die ganze Presse des Landes zu bearbeiten. In seinem Erlaß an die Landräte bezüglich der Neuen Korrespondenz, sagt er, die mit einem Stern versehenen Artikel müssen in allen Zeitungen des Kreises abgedruckt werden, und macht die Landräte persönlich hierfür verantwortlich. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

So hat man die Zeitungen zum Abdruck aus der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, ja sogar aus der täglichen Rundschau gezwungen. In aller Stille hat die preussische Regierung unter Bruch des Bürgerfriedens die raffiniertesten Vorbereitungen getroffen, damit die kommenden Wahlen in ihrem Sinne ausfallen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Redner befrichtigt den Erlaß des Ministers über die Benutzung einer Nationalkorrespondenz durch die Kreispresse. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das zeigt, wie der Kampf von den Schlußfolgerungen der Regierung geführt wird. Es sei nur an den Brief des Landrats a. D. v. Donin erinnert. Die Absartigkeit dieses Vorgehens wird nach dadurch unterstrichen, daß die Presse verhindert wird, die Quelle dieser ausgezogenen Artikel anzugeben. Das ist der ungeheuerlichste Gewissenszwang, politische Amoral in höchster Potenz. (Präsident Dove rügt diesen Ausdruck als unparlamentarisch.) Die Zensur will im An- und Auslande glauben lassen, daß es in Deutschland überhaupt keine Zensur gäbe, und daß die Zeitungen sämtlich freiwillige Regierungs-mameluden seien. Dabei gibt es Korpsbezirke, in denen die Präsenzinspektoren bis zur letzten Anzeigenzeile ausreißt wird. Damit schafft man eine Atmosphäre, in der die unheimlichsten Gerüchte erlaubt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vor den Rednern verlangt man Vorträge des Wortkavies der Reden. Vorkonferenzen politischer und gewerkschaftlicher Vereine, Betriebs-zusammenkünfte sind sogar verboten worden. Ein Abgeordneter durfte über die Angelegenheiten des Reichstages nicht Bericht erstatten. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Antrag wurde unter Strafandrohung verboten, mitzuteilen, daß er seine Rede vorher vorlegen müsse. (Gurrs bei den Sozialdemokraten: Unerhört!) Ermordend sind auch die vielen Eingriffe in die persönliche Freiheit. In Düsseldorf, Remscheid, Duisburg haben 50 bis 60 Parteigenossen ein Verbot vom Generalkommando erhalten, überhaupt zu reden, weil sie eine Eingabe an den Parteivorstand mit unterzeichnet hatten. (Wiederholtes Hörs, hört! bei den Sozialdemokraten.) In Solingen wurde ein Genosse, der zum Beigeordneten gewählt war, vom Landrat gefragt, ob er zur Mehrheit oder Minderheit gehöre. Schlimmer noch ist die durch kein Gesetz gerechtfertigte militärische Schuchhaft. Wichtigste Personen werden, oft in großer Anzahl, demobilisiert, einfach in Haft gesetzt und zum Teil ohne Verhör mit ihren Verteidigern gelassen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) In einer Anzahl von Fällen sind sie einfach ins Meer gesteckt worden, obwohl sie zuvor für untauglich erklärt waren. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ist das nicht ein Hohn auf Recht und Gesetz? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch vor Kunst und Wissenschaft macht die Diktatur nicht halt. Erste Stücke werden verboten, der schlimmste Kritik darf aufgeführt werden. Der Oberzensor im 7. Korpsbezirk, Abg. Dr. Kramer, ist hyperanexionistisch und schreibt

Artikel in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung für Annexion. Er behandelte die Erklärung der Nationalliberalen und der sozialdemokratischen Partei mit zweierlei Maß. Redner befrichtigt dann eingehend die Behandlung der Veröffentlichungen des Bundes „Neues Vaterland“ und die Erlasse verschiedener Generalkommandos. Wenn es so weiter geht, kommen wir zurück zu den Zeiten der heiligen Allianz. Ist das das Ziel, für das das deutsche Volk die unerhörten Blutopfer bringt! Nach Ansicht verschiedener Kreise ist Friede ohne Annexion also Landesverrat. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wo steht es geschrieben, daß die militärische Gewalt unschwer trifft was dem Volke frommt? Hat nicht Bismarck 1866 gerade mit der hohen Militärs den allerschwersten Konflikt gehabt. Er siegte trotz dem, weil der Kronprinz auf seine Seite trat. Nicht jede Zeit hat Kronprinzen, die für Mäßigung sind. (Heiterkeit.) Wie würde Bismarck von unseren heutigen Zensoren und Generalen behandelt werden. Auch heute läßt diese militärische Resortpolitik wie ein Zügel auf unserer Reichspolitik. Der Reichsleistung sind die Zügel aus der Hand genommen. Unserem Genossen Bernke in wurde verboten ein Wort, das erst nach dem Waffenstillstand herauskommen sollte, in einer beschränkten Anzahl von Exemplaren der Regierung und den Abgeordneten zuzustellen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) So stellt man Reichstag und Regierung unter Kuratel des Oberkommandos. Man will Parlament und Regierung suggerieren, daß das Verlangen nach Annexion die wahre Stimme des Volkes sei. Diefen verderblichen Wirrwarr gilt es zu zerstören. Deshalb muß die Bahn frei gemacht werden für die Erörterung der Kriegsziele. Dann werden die Herren Annexionisten ihr blaues Wunder erleben. Das deutsche Volk will einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarn ermöglicht, und weist die wüsten Eroberungspläne zurück. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ein schwacher Hoffnungsstrahl leuchtet aus dem Baltikwinkel. Die Zeit ist überreif für den Frieden, es fehlt der Staatsmann, der den Mut hat, das erste Wort zu sprechen. Deshalb muß das Volk es selbst tun. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Ausland ist gar nicht auf die Artikel unserer Presse angewiesen. Es wird durch Espionage und aus neutralen Ländern weit besser informiert. Das gegenseitige Bluffen und Blündefehlspielen unter dem Zwange der Zensur ist daher eine Torheit und ein Verbrechen an der Menschheit. Wenn dieses verbrecherische Spiel aufhört, wird sich eine verbündende Vereinstimmung der Völker in den Grundbedingungen für den Frieden zeigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Land, das den ersten Schritt tut, wird seinen moralischen Kredit erhöhen. Die Reichsregierung hätte die Pflicht, den Belagerungszustand aufzuheben, denn die verfassungsmäßigen Voraussetzungen liegen längst nicht mehr vor. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es darf nicht ein willkürliches Regiment nach russischem Muster aufrechterhalten werden. Entweder ist die Regierung schuldlosig der Militärdiktatur gegenüber oder sie befindet sich im Gegenstand zu ihren feierlichen Erklärungen und will die Kriegszeit mißbrauchen, ein reaktionäres Regiment einzuführen. Sollen wir nach dem Kriege denselben Kampf für unsere staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten kämpfen, wie unsere Väter vor hundert Jahren? Wir Sozialdemokraten sind bereit dazu und des Sieges würdig. Die inneren Kämpfe werden dann aber Formen annehmen, gegenüber denen alles, was die Geschichte kennt, verblaßt. Wir wollen den bürgerlichen Rechtsboden nicht von der Militärdiktatur in Scherben schlagen lassen. Das geistige und öffentliche Leben Deutschlands muß befreit werden von dem alten Militärdespotismus. Darum: Hört mit dem Belagerungszustand und freie Bahn dem freien Wort in Schrift und Rede. (Lebhafte Bravo! und Handklatschen bei den Sozialdemokraten.)

### Andershalb Jahre

Am 25. Januar waren es andershalb Jahre, seitdem der Krieg durch Europa verheerend rast. Denn der fünfunds-zwanzigste Juli, an dem das österreichisch-ungarische Ultimatum an Serbien abließ und der Abdruck der diplomatischen Beziehungen erfolgte, der bleibt für alle Zeiten der europäischen Schicksalstag. In der sechsten Abendstunde, da der österreichisch-ungarische Gesandte Belgrad verließ und der Krieg gegen Serbien unvermeidlich wurde, wurde in das europäische Pulverfaß der Funke geworfen, aus dem in unheimlich wenigen Tagen der furchtbare Weltbrand erwuchs, den volle achtzehn Monate noch nicht zum Erlöschen zu bringen vermachten. Was hat in diesen andershalb Jahren die Welt an Schrecklichem erlebt, an Entsetzen durchgemacht, an Angst und Grauen an sich vorüberziehen gesehen! Ob einer von denen, die an der Menschheitskatastrophe in jenen Tagen mitgewirkt haben, eine Ahnung des Furchterlichen gehabt hat, das er der Welt bereitet? Ob diejenigen, in deren Händen die Entscheidung in den nachfolgenden Tagen lag, da sie nun auf die achtzehn Monate Krieg zurückblicken, das Werk ihres Willens mit Zuversicht zu betrachten vermögen, ob sie schuldlos reinen Herzens die Zerstörung erblicken, die da angebrochen hat und von der das Ende noch immer nicht in Sicht kommen will? Landesherrlich irrt die Regierung des Landes in der Welt herum, die jene österreichisch-ungarischen Forderungen angelehnt hat, deren Annahme den Frieden gerettet hätte, den Krieg vermieden hätte, der, einmal gehindert, vielleicht niemals mehr in Europas Kultur hätte einbrechen können. Denn wobl liegt es nicht außerhalb des Bereiches des Wahrscheinlichen, daß die Welt, wenn sie dem Einföhrlichen einmal ins Auge geblüht hätte, vor ihm für immer zurückgeschauert hätte. . . Nun steht Europa durch achtzehn Monate in Flammen, nun brennen alle Feindschaften lichterloh und die Luft zwischen den Völkern, die diese Wiege aller Kultur der Erde bewohnen, ist so riesengroß, daß sie sich nicht schließen wird, so lange noch ein Mensch unter den Lebenden weilt, der diesen entmenschenwollen Ausbruch alter und neuer Feindschaften miterlebt hat. Und dennoch: Wie

unschwer hätte der Kriegswahn doch gebändigt werden können, wieviel Möglichkeiten und Ausflüchte hätte noch der Frieden? Wenn es dem Erdensohn vergönnt wäre, Taten ungeschick zu machen und den Entschluß noch einmal zu fassen, nachdem er die Wirkungen des überreifen, verunmündlichen Luns erschaut: nie würde der Krieg ausbrechen, nie würde er Europa zerstampfen.

Als das Schreckliche erscheint in dem Kriege die stumpfe Gewöhnung an diesen Zustand, in dem die Erde aus ihren Bahnen getreten ist, als an den Zustand, der eben ist und nun geradeaus als die Gesetzmäßigkeit unseres Lebens, des persönlichen und des gesellschaftlichen, auftritt. Verhehlen wir es uns nicht: der Krieg hat unser geistiges und moralisches Bewußtsein so jermüdet, er hat die ethischen Organe in uns so verflummern gemacht, daß wir all das Leid, das er ausfüt, fatalistisch wie eine Schicksalverhängung tragen. Wir denken über den Krieg nicht mehr nach! Wir lesen die Beschreibungen des Trommschüters, das sich auf die Helmen im Felde ergießt, aber ihre furchtbare Spannung leben wir nicht mit. Was alles liegt in so einem knappen Satz des Kriegsberichts, daß das Eindringen des Feindes in einem furchtbaren Handgemeine zunichte gemacht wurde? Spüren es die Menschen, wenn sie den Bericht gedankenlos durchfliegen? Sehen sie die Angst, wenn die Bomben aus der Luft unheilbringend niederstürzen? Hören sie das todesbange Geschrei, da der Todesstoß das Schiff trifft? Allzuviel ist an Grauen auf die Menschheit in diesen achtzehn Monaten niedergegangen, als daß ihr jene geistige Hochspannung noch verliehen wäre, die die Kriegskriegskräfte in ihrer ganzen Macht empfindet, das Kriegsgrauen moralisch verarbeitet; diese Hochspannung der Geister ist von der langen Dauer des Krieges vernichtet worden. Der Seelenauflschwung ist bis zur vollsten Unkenntlichkeit zusammengeschrumpft, die Gewohnheit hat über die Gemüter ihre niederdrückende Macht gemessen, und während die Aufgabe der Krieger im Felde immer größer und heldischer wird — denn jeder Tag, um den der Krieg länger währt, stellt an den Mut und an die Ausdauer der Kämpfenden neue Ansprüche — sinken die Seelen der Zuschauer in die Niederungen hinab, in die kein Strahl von Größe leuchtet. Was das Furchtbare des Krieges an erbebernder Gewalt hätte erzeugen können, das hat die lange Kriegsdauer verzehrt; und so wird der lange Krieg nichts hinterlassen als erschöpfte Gemüter, jermüdete Kräfte, verbrochene Schwingen. Kriegstechnisch, volkswirtschaftlich sind die Staaten dem Kriege gewachsen. Aber die seelische Spannkraft der Menschheit hat ihre bestimmten Grenzen, und moralisch geht der lange Krieg über unsere Kraft.

## Kriegsnachrichten

### Wie Montenegro kapitulierte

Depeschen aus Durazzo zufolge wurde der montenegrinische General Martinowitch von seinen eigenen Truppen, die er zur Fortsetzung des Kampfes ansetzte, verwundet oder getötet. Ueber die Vorgänge bei der Kapitulation erhält die Frankfurter Zeitung vom 28. Januar eine Schilderung aus Montenegro, der wir das folgende entnehmen:

Am 16. Januar kam König Nikita in Podgoriza an und hielt am Marktplatz, eine Zigarette rauchend, vom Pferde herab eine Ansprache an das Volk: Die Helden in Euren Reihen wissen wohl, wo ich aufzuziehen bin, dort auf dem Schlachtfeld in den dichtesten Kämpfen, und ich bin bereit, wenn es unvermeidlich ist, den Heldentod zu sterben. Mit seiner Frau und den Kindern verließ er darauf Podgoriza und begab sich nach Danaj. Am 20. Januar hielt der Kriegsminister Scharif eine Rede an die versammelten Soldaten: Unser Widerstand ist nutzlos. Wir sind von allen Seiten umzingelt, kehret heim und wartet die Ereignisse ab. Strede ein jeder die Waffen. Ich sage das weil es nicht anders geht. Wir kämpfen wie Helden, sind aber eine kleine Nation und konnten den großen Feind nicht besiegen, der uns mit überwältigender Übermacht angriff. Wir sind ohnmächtig geworden. Bringt der Regierung das Vertrauen entgegen, sie wird für Euch sorgen. Die Reden des Ministers und des Königs nahm das Volk apathisch auf. Vorgesetzten begannen das Volk zu plündern, besonders in Niksch, Danilograd und Podgoriza waren große Ausplünderungen. In Danilograd sollen mehrere montenegrinische Offiziere ermordet worden sein. In Podgoriza wurden zunächst die militärischen Magazine geöffnet und geplündert, eben das Spital, wobei den Verwundeten Matrasen und Decken unter dem Leibe fortgerissen wurden. Der Kriegsminister bestand sich in der Tabakfabrik, wo er mit einer Anzahl jüdischer Leute den Angriff der Plünderer mittels Handgewehren und eines Maschinengewehrs abschlug. Es gab dabei sechs Tote und 17 Verwundete. In Podgoriza waren alle kriegsgefangenen Offiziere der Mittelmächte versammelt und ermahnten ihre Behörde, da unsere Regierung nicht bedingungslos die Waffenstreckung auch die Auslieferung der Gefangenen verlangt habe. Die montenegrinischen Behörden äußerten sich, sie wollten nichts verantworten und bewaffneten angehen und getrennt die Kriegsgefangenen. Seitern abend lösten die kaiserliche Ordnung ganz aus den Fugen gegangen zu sein. Die Kriegsgefangenen verließen ihren Standort und begaben sich ohne gebändert worden zu sein, zu uns. Das unglückliche Volk der sie weinend und jammernd ihrer Armut zu sagen, daß sie sofort kommen sollte. Die Weiber von Podgoriza riefen ihnen zu: Wenn eure Soldaten morgen nicht einrücken, erdrosseln wir unsere Kinder und erhängen uns. Heute wurde die Waffenstreckung vorgenommen. Zwei Brigaden legten ihre Waffen nieder.

### Deutsche Luftschiffe in Feindesland

In den Abenden des 29. und des 30. Januar besuchte ein Zeppelinluftschiff Paris und warf eine Anzahl Bomben ab, die schweren Schaden verursachten. Selbst die öffentlichen Luft auf Vermittlung jugoslawischer französischer Berichte lassen die furchtbare Wirkung des deutschen Angriffs erkennen. In der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar überlag eines unserer Marineflugzeugschiffe England bis zur Küste von Deal. Auf die Docks, Häfen und Gebäulichkeiten von Dover, Deal und Folkestone wurden zahlreiche Bomben geworfen. Ebenso auf Hospital und Eisenwerke von Man-

chester, Nottingham und Sheffield. Auch Fabriken am Humber und bei Great Harmouth wurden mit Spreng- und Brandbomben belegt. Am Humber brachten die deutschen Luftschiffe eine Batterie, die sich zur Wehr setzen wollte, zum Schweigen. Die englischen und französischen Magazine im Hafen von Saloniki sind ebenfalls von deutschen Flugern angegriffen. Einzelheiten fehlen noch. Doch wird amtlich gemeldet, daß alle deutschen Luftschiffe wohlbehalten zurückgekehrt sind.

### Englische Schiffsverluste im Jahre 1915

Nach dem letzten erschienenen Jahresbericht der Liverpooler Schiffsversicherungs-Gesellschaft gingen im Jahre 1915 625 Schiffe verloren, die einen Gesamtwert von 23 744 053 Pfund Sterling (über 594 Millionen Mark) hatten. Diese Verluste betreffen nur Schiffe, die mindestens je 10 000 Pfund Sterling wert waren. Im Jahre 1914 gingen nur 272 Schiffe im Werte von 13 688 954 Pfund Sterling (über 273 Millionen Mark) verloren, und im Jahre 1913 nur 176 Schiffe im Werte von 6 736 000 Pfund Sterling.

Von den verloren gegangenen Tonnage von 1 825 365 waren 997 972 Tonnen britisch. Im Laufe des Berichtsjahres wurden 231 britische und 212 fremde Schiffe durch feindliche Kreuzer, Unterseeboote und Minen versenkt.

### In Saloniki

Tanin veröffentlicht einen Brief aus Saloniki, der eine Schilderung der englisch-französischen Schreckensherrschaft in Saloniki gibt. Die Presse, heißt es in diesem Briefe, ist gänzlich geknebelt. Die entente-feindlichen Athener Zeitungen sind verboten. Das Publikum erfährt nur die der Entente günstigen Nachrichten. Auf den geringsten Verdacht hin werden ehrenhafte Einwohner der Stadt verhaftet und nach Malta gebracht. Die griechischen Behörden sind ohnmächtig. Die Venizelisten gehen in ihrer Kühnheit soweit, behördliche Organe öffentlich zu schlagen. Die englischen und französischen Soldaten geben sich allnächtlich dem Trunke hin. Alles, was ihnen in die Hände fällt, verwenden sie als Heizmaterial, selbst Heiligenbilder sowie Tore und Dächer der Kirchen. Die Engländer setzen die Befestigungsarbeiten fort, aber die griechischen Offiziere sind überzeugt, daß diese Befestigungen der deutschen und österreichisch-ungarischen Artillerie keineswegs werden widerstehen können. Die Engländer und Franzosen, die gleichfalls dies erkennen, bereiten alles für eine eventuelle Flucht nach der Halbinsel Chalkidike vor. Flugzeuge belegen täglich das Lager und die Umgebung der Stadt mit Bomben. Täglich sieht man Verwundete nach Saloniki bringen. Der Geist der englischen und französischen Truppen ist vollkommen gesunken.

### Aus Albanien

Die österreichisch-ungarischen Truppen haben Alessio und den Adriastrafen San Giovanni di Medua besetzt. Die Vorhut bulgarischer und österreichischer Truppenabteilungen nähern sich Durazzo.

### Die türkischen Siege in Mesopotamien

Werden nach Berichten aus Kairo als glänzend bezeichnet. Die türkische Armee erhielt beträchtliche Verstärkungen, so daß sie die Angriffe, die die Engländer zum Entsatze Kut el Amara unternahmen, leicht abwehren konnten. Der englische General Townshend verlangte dringende Verstärkungen, die ihm aber nicht bewilligt werden konnten, da den Engländern frische Truppen nicht zur Verfügung stehen. Auch die Berichte der Russen, den bedrängten Engländern zu Hilfe zu kommen, sind bisher gescheitert.

### 180 Minen angetrieben

Während der erfanarrigen Stürme der letzten Wochen wurden an der schwedischen Westküste 180 Minen angetrieben, von denen der größte Teil durch die schwedischen Behörden geborgen worden ist. Sie sind sämtlich englischen Ursprungs, enthalten je 200 Kilogramm Sprengstoff in je acht Kupferbehältern und tragen das Datum 1915.

## Politische Rundschau

### Die Zwangsrekrutierung des Reichthums.

Als Antwort auf die Wehrpflichtvorlage haben einige englische Parlamentsmitglieder der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands beschlossen, eine Zwangsrekrutierungsvorlage des Reichthums in Parlament einzubringen. Die Vorlage bezweckt, die materiellen Hilfsquellen der Nation für die erfolgreiche Führung des Krieges verfügbar zu machen. Sie will Vorschriften treffen für die Beschlagnahme des unerbiedigten Wertzuwachses, einschließlich Grundrente, Profite, Zinsen, Vermögensgaben und sonstige unerbiedigte Einkommen. Ein öffentlicher Treuhänder soll sie verwaltend und den Eigentümern gewisse Pensionen zahlen, die zum Lebensunterhalt ausreichend sind. Konsumvereinsübende, Zinsen von Sparkassen, Unterstützungsvereinen und Arbeiterversicherungsstellen sollen nicht unter dieses Gesetz fallen.

Der Arbeiterabgeordnete R. H. Thomas (Eisenbahner) hat bereits versucht, diese Vorlage als Ergänzung zur Wehrpflichtvorlage dem Unterhaus vorzulegen, aber der Sprecher hat sie als nicht in Ordnung zurückgewiesen.

### Ministerwechsel in Rußland.

Der russische Ministerpräsident Goremykin ist seiner gesundheitlichen Gebundheit wegen zurückgetreten. Die Nachricht kam überraschend. Goremykin war als brutalen, bornierter Reaktionsär bekannt. Ob sein Sturz jedoch eine Aenderung des Kurles der russischen Regierung einleitet, muß einstweilen bezweifelt werden.

### Steigen der Kohlenpreise.

Die Versammlung der rheinisch-westfälischen Zechevesseher hat beschloffen, die Richtpreise für den Zeitraum vom 1. März bis zum 31. Juli pro Tonne wie folgt zu erhöhen: für Koks um 1 Mark, für Koks um 1,50 Mark, für Koks um 1 Mark und für Britetts um 50 Pf. Das ist die vierte Preiserhöhung, die das Kohlenyndikat für Bergwerksprodukte seit dem Beginn des Krieges vorgenommen hat. Bald nach seinem Ausbruch forderte das Syndikat einen Preisausschlag für Kohlen um 3 Mark pro Tonne, d. h. f. das Quantum Kohlen, welches mehr gefordert wurde, als den laufenden Lieferungsverträgen vorgelesen war. Wie die Kölnische Volkszeitung berichtet, verlangte das Syndikat Kontor für seine Abchlüsse einen Ausschlag von 10 Mark pro 200 Zentner, für neue Käufe 20 Mark mehr. Am 1. April 1915 wurden die Richtpreise für Kohlen und Britetts durchschnitten um 2 Mark pro Tonne erhöht, das Kohlentontor steigerte die Preise sogar bis zu 4 Mark. Am 1. September erhöhte sich die Richtpreise erneut: für Kohlen um 1 Mark, für Koks um 1,25 Mark und für Koks um 2 Mark pro Tonne. Für Koks war für den Sommer 1915 eine Ermäßigung vorgesehen; ob sie in Kraft getreten ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls steht fest, daß das Kohlenyndikat die Kriegskonjunktur gründlich ausgenutzt hat. Die Gewinnschlüsse der Zechen zeigen das mit aller Deutlichkeit. Förderung und Absatz der Kohlen steigen weiter, die Gewinne steigen mit. Die Tätigkeit des Syndikats ist ein Musterbeispiel dafür, wie die Einigkeit und das geschlossene Handeln einer Erwerbsgruppe vermag.

### Verbotene Aussprache über die neuen Reichsteuern

Wir entnehmen dem „Vorwärts“: Vor einigen Wochen wurde durch Mitteilungen einer Polizeibehörde bekannt, daß der Provinz Sachsen auf Anweisung des Oberpräsidenten Steuerungsversammlungen überhaupt nicht mehr genehmigt werden sollten. Am 27. Januar nun wollte der Sozialdemokratische Verein für Halle in einer Mitgliederversammlung die wichtige Frage der neuen Steuern behandeln lassen. Reichstagsabgeordneter Hoch-Janau sollte über Steuerpolitik und Sozialdemokratie sprechen. Jedoch gab die Polizei auf die Anmeldung folgenden Bescheid:

„Im Einverständnis mit dem stellvertretenden Generalkommando des 4. Armeekorps zu Magdeburg wird die beantragte Genehmigung zur Abhaltung einer Versammlung der Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins nicht erteilt. Es bleibt überlassen, die Genehmigung zur Versammlung für einen anderen Tag unter gleichzeitiger Einreichung des Protokollmanuskripts nachzusuchen.“

## Zur Frage der Volksernährung

### Die Kartoffelversorgung

Der Reichskanzler hat die Reichskartoffelstelle und die Kommunalverbände ermächtigt, bis zum 15. März die Kartoffelhöchstpreise durch einen Preisausschlag auf den Erzeuger von 1,25 Mark pro Zentner zu erhöhen. Reich und Staat tragen die Hälfte des Zuschlages, während die Gemeinden und Kommunalverbände die andere Hälfte übernehmen müssen. Dadurch soll den Wünschen der Landwirte nach Erhöhung des Verkaufspreises Rechnung getragen werden, ohne die Verbraucher zu belasten.

Die vom Reich, dem Staat, den Gemeinden und Kreisen gezahlten Zulagen müssen nunmehr von den Steuerzahler aufgebracht werden. Diese Summen wirken zur Erhöhung der Steuern mit und vermindern den Betrag, der zur Lösung von Kulturaufgaben zur Verfügung steht.

Der Kartoffelhöchstpreis ist vorläufig nicht erhöht. Nur die Reichskartoffelstelle und die Kommunalverbände dürfen mehr bezahlen. Die Folge davon wird sein, daß die Landwirte nur noch an Gemeinden verkaufen werden. Kein Landwirt wird an private Verbraucher oder an Händler noch Kartoffeln verkaufen. Wenn die Gemeinden die sofortige Versorgung aller Einwohner nicht leisten können, wird das Angebot von Kartoffeln durch die Verordnung also nicht vermehrt werden.

Die ganze Regelung ist nur bis zum 15. März getroffen worden. Die Landwirte werden sich also sagen, daß sie durch weitere Zurückhaltung ihrer Vorräte eine weitere Erhöhung der Preise werden erreichen können, da ja ihr bisheriges Zurückhalten ihnen Erfolg gebracht hat. Im Herbst hatte die Regierung mitgeteilt, die Landwirte dürften auf keinerlei Erhöhung der Kartoffelpreise rechnen. Jetzt haben die Landwirte doch die Erhöhung der an sie zu zahlenden Preise erzielt.

Wir wünschen, daß die Interessen der Landwirte und Kaufleute denen der Verbraucher hintangestellt werden. Die ausreichende und billige Versorgung der Bevölkerung hatten wir für das einzige erstrebenswerte Ziel aller Lebensmittelpolitik.

### Allgemeine Steuerzulage im Steinsektorgewerbe

Die Anträge auf Gewährung von Steuerzulagen, die der Verband der Steinsektoren in einer Anzahl von Tarifbezirken gestellt hat, haben jetzt dazu geführt, daß eine solche Zulage einheitlich und so ziemlich auf der ganzen Linie, soweit der Reichsoberhand der Unternehmer dieses Gewerbes in Frage kommt, vereinbart worden ist. Die Lohnerhöhung, die als „Kriegszulage“ bezeichnet worden ist, beträgt einheitlich zehn Prozent der tariflichen Lohnsätze; sie tritt in den Bezirken, in denen der Tarif gekündigt wurde, am 1. Februar, in den anderen Gebieten am 1. April in Kraft und hat Geltung für die Dauer des Krieges und sechs Monate nach seiner Beendigung. Die Zulage, die im Durchschnitt 7½ Pfennige pro Stunde beträgt, kommt somit auch den Tausenden von Berufsangehörigen zugute, die jetzt noch draußen in den Schützengräben sind. Gefordert waren ursprünglich 20 Prozent. Da aber für den größeren Teil der Tarifbezirke wegen der Ungunst der Verhältnisse keine Forderungen gestellt worden waren, so kann die allgemeine Regelung auf 10 Prozent immerhin als ein günstiges Ergebnis bezeichnet werden.

## Danziger Nachrichten

### Die höheren Gemüsepreise

Der Bundesrat hat bestimmt:

Beim Verkaufe durch den Erzeuger oder Hersteller an den Handel dürfen folgende Preise frei ab nächster Verladestelle (Bahn oder Schiff) für 50 Kilogramm beste Ware nicht überschritten werden:

Für Weißkohl (Weißkraut)	4,00 M.
• Rotkohl (Blaukohl)	6,50 "
• Wirsingkohl (Savoyerkohl)	6,50 "
• Grünkohl (Braun- oder Krauskohl)	6,00 "
• Kohlrüben (Stedrüben, Bruken od. Dotschen)	
a) für weiße Kohlrüben	2,50 "
b) " gelbe	3,50 "
• Mohrrüben (rote und gelbe Speisemöhren, auch gelbe Rüben genannt)	
a) lange Speisemöhren:	
1. weißfleischige (sogenannte Pferd- möhren)	3,00 "
2. rotfleischige Speisemöhren	5,00 "
b) Karotten, (kurze, rotfleischige)	8,00 "
• Zwiebeln	10,00 "
• Sauerkraut (Sauerkohl)	12,00 "

Insofern für Gemüse, Zwiebeln und Sauerkraut gemäß § 3 der Verordnung des Bundesrats vom 11. November 1915 Höchstpreise für die Abgabe im Kleinhandel an den Verbraucher festgesetzt werden, dürfen sie folgende Sätze für 0,5 Kilogramm beste Ware nicht überschreiten:

Für Weißkohl (Weißkraut)	7 Pf.
• Rotkohl (Blaukohl)	11 "
• Wirsingkohl (Savoyerkohl)	11 "
• Grünkohl (Braun- oder Krauskohl)	9 "
• Kohlrüben (Stedrüben, Bruken oder Dotschen)	
a) für weiße Kohlrüben	4 "
b) " gelbe	6 "
• Mohrrüben (rote und gelbe Speisemöhren, auch gelbe Rüben genannt)	
a) lange Speisemöhren:	
1. weißfleischige (sogen. Pferd- möhren)	5 "
2. rotfleischige Speisemöhren	8 "
b) Karotten (kurze, rotfleischige)	11 "
• Zwiebeln	20 "
• Sauerkraut (Sauerkohl)	16 "

Diese Bestimmung ist am 27. Januar 1916 in Kraft getreten.

### Oberbürgermeister und Sozialdemokrat.

Man kennt das Danziger Stadtverordnetenkollegium: Kommerzienräte, Großkaufleute und Rechtsanwälte. Rentner und Professoren, und ganz im verlorenen Hintergrunde ein paar Arbeiter, Hirsch-Dundersche und christliche natürlich. In dieser von einsichtigen Männern aller Parteirichtungen bedauerten Zusammensetzung ist auch durch die Stadtverordnetenwahlen im Kriege nichts geändert. Die Sozialdemokratie bleibt einstweilen aus dem Rathhaussaale ausgeschlossen. Es wird aber die Danziger Bürgerschaft gewiß interessieren, zu erfahren, wie man in einer anderen preußischen Großstadt über sozialdemokratische Mitarbeit in der Stadtvertretung denkt.

Breslau hat schon seit langen Jahren sozialdemokratische Stadtverordnete. Jetzt ist einer von ihnen, Redakteur Reuter, auch in den Magistrat gewählt und von der Regierung bestätigt worden, obwohl er auch wegen Majestätsbeleidigung verurteilt ist. Oberbürgermeister Aktting begrüßte unsern Genossen mit folgender Ansprache:

Sehr geehrter Herr Kollege! Ihre Wahl und Ihr Eintritt in den Magistrat wird von Ihrer Partei und Ihrer Fraktion als ein besonderes politisches Ereignis betrachtet. Ich verstehe das

vollauf. Dennoch will ich keine politische Rede halten, weil wir in diesem Saale der Politik nach Möglichkeit aus dem Wege gehen sollen. Aber ich will nicht unausgesprochen lassen, daß ich Ihrer Fraktion die Genugtuung darüber nachempfinden kann, daß der Wunsch nach Ihrer Wahl von dieser Versammlung so einstimmig erfüllt wurde. Auch der Magistrat tritt der wohlverdienten Anerkennung Ihrer Fraktion bei. Er stimmt zu, daß sich Ihre Fraktion bisher wohl bewahrt hat, vor allem aber in der schweren Zeit, die wir durchmachen. Die Erfahrungen, die man allgemein mit den Herren der sozialdemokratischen Partei in der kommunalen Arbeit gemacht hat, waren ausgezeichnet. Die Mitarbeit von Herren, die so viel Einfluß haben in die verschiedensten Sphären der Bevölkerung, wie selten jemand, und die in ihren Organisationen eine so außerordentliche Schulung für das öffentliche Leben genießen, und die so warmherzig empfinden, es wäre seltsam, wenn sie sich nicht bemühten. So werden auch Sie uns ein wertvoller, treuer und sachkundiger Mitarbeiter werden. Ihre Zugehörigkeit wird dazu beitragen, dem Magistrat das Vertrauen der Schichten, zu denen Sie gehören, zu erhalten. Sie, Herr Kollege Reuter, haben sich bisher stets als gefälliger, entgegenkommender, wohlwollender Mann gezeigt und sind beliebt auch im Magistrat. So werden Sie sich auch hier die Stellung verschaffen können, die Sie sich wünschen. Ich glaube, Sie werden stets in und außerhalb dieser Versammlung Ihren Mann stehen und uns eine wertvolle Arbeitskraft sein. In diesem Sinne heiße ich Sie willkommen.

Solche Töne vernimmt man in Breslau. Man vergleiche damit die kommunalpolitischen Verhältnisse in Danzig und ermesse die heillose Kurzsichtigkeit der Elemente, die in ihrem Parteiegoismus der Sozialdemokratie die verantwortliche Mitarbeit in der Gemeinde noch immer unmöglich machen.

### Zum Brotkartenaustausch

Schreibt das Statistische Amt: Nach § 10 der Bekanntmachung über die Verbrauchsregelung von Brot und Mehl erfolgt der Umtausch der Brotarten in den Verkaufsstellen für Brot und Mehl, und zwar zwei Tage vor Ablauf und drei Tage nach Ablauf der Geltungsdauer jeder Brotkarte, also von Freitag bis Mittwoch. Vielfach ist nun die Ansicht verbreitet, daß Brotkarten jederzeit in der Brotkartenausgabestelle im Ganggassentor eingetauscht werden können, was aber nicht zutrifft. Ausnahmsweise werden dort nur Kartenstämme der letzten Ausgabe, deren Umtausch aus irgend einem Grunde unterblieben ist, eingetauscht. Hierbei erleidet der Inhaber der Karte auch noch einen Verlust, indem die Brotmenge bis zum Tage des Eintausches gekürzt wird. Es liegt daher in jedermanns Interesse seine Brotkarte rechtzeitig einzutauschen.

### Der Sozialdemokratische Verein Danzig-Stadt

hielt am Sonntag nachmittag im Bürgergarten seine sehr gut besuchte Generalversammlung ab.

In seinem Bericht über die Abrechnung für das vierte Quartal stellte Genosse Gehl fest, daß die finanzielle Entwicklung des Vereins trotz der Wirkungen des Krieges sich nicht ungünstig gestaltete.

Dann führte unser Reichstagskandidat Genosse Marckwald-Königsberg über das Thema: Die materialistische Geschichtsauffassung in der Hauptsache folgendes aus: Der bekannte Satz: Unter den Waffen schweigen die Wissenschaften, könne auch im Kriege nicht immer gelten. Schon deshalb nicht, weil wir die Zukunft erobern wollen. Das Versinken in die Wissenschaften zeige uns auch die Ursachen dieses blutigen Schicksalskampfes und sei das einzige Mittel, um uns über seine Schrecken hinwegzusetzen. Deshalb behauere er es keineswegs, daß er unter der Geltung der jetzt das Versammlungswesen regelnden Bestimmungen ein wissenschaftliches Thema wählen mußte. Nicht so sehr wegen seiner materiellen Mittel, sondern viel mehr, weil er sich in Wissenschaft und Kunst ergehen könne, sei der Bourgeois zu beneiden. Unter den Wissenschaften nehme den vornehmsten Rang die von der Geschichte der Menschheit ein. Sie entschlüssere die Ursache der Handlungen der Menschheit. Um sie zu erklären, zeige die materialistische Geschichtsauffassung den richtigen Weg in der Feststellung, daß das Handeln der Menschheit nichts anderes als das Handeln der vielen Millionen Einzelmenschen sei. Was sie bewege, bestimme auch die Tätigkeit der Mensch-

heit. Diese treibende Kraft sei in letzter Linie die Art, wie die Menschen ihre notwendigen Existenzmittel beschaffen. Kultur und Wohlfahrt stiegen in dem Maße, in dem die Erzeugung dieser materiellen Dinge leichter und ergiebiger wurde. Es sei zwar falsch, wenn Plinius überschwänglich gesagt habe: Eine einzige Natur des Phidias habe das Leben von Tausend griechischen Sklaven aufgewogen. Ohne den Kapitalismus und seine technische Revolution sei aber die Erreichung des Sozialismus nicht möglich. In dieser wissenschaftlichen Betrachtung, die durchaus nicht die Leiden des Proletariats in kapitalistischen Zuständen verkenne, haben die Sozialisten in der imperialistischen Gestaltung der politischen Verhältnisse den Weltkrieg kommen sehen. Er entstammt dem Konkurrenzkampf der Kapitalisten aller Länder. Die Differenzen in der Partei könne und wolle er nicht erörtern. Der Ausgang des Kampfes könne nicht gleichgültig sein. Solange die feindlichen Mächte nicht zum Frieden ohne Annexionen bereit sind, können wir ihn nicht haben. Zur Verhinderung des Krieges habe es nur die Möglichkeit gegeben, daß kein Volk marschiert wäre. Es wußten aber alle Regierungen, daß überall zur Verteidigung marschiert werden würde. Er lehne sich auf gegen einen Krieg ohne Ende. So blutig dieser Krieg auch sei, unsere Nachkommen sollen von dem blutigen Unheil bewahrt bleiben. Die Internationale werde nach dem Krieg ihrer Aufgabe erst recht gerecht werden. Wer jetzt die Einmütigkeit der Sozialdemokratie störe, mache sich in schärfster Weise schuldig. Freude habe er an den jetzigen Verhältnissen gewiß nicht; er sehe der Zukunft aber mit freudigem Optimismus entgegen. Die Richtungslinien der Menschheit seien mit eherner Notwendigkeit begründet. Aus dem Knattern der Gewehre und dem Donnern der Kanonen hören wir das Sehnsuchtslied der besseren Zukunft.

Diesem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen folgte keine Debatte.

Die Straßenbahn überfuhr am Hauptbahnhof den Schlosser Schnickenberg. Der Verunglückte wurde getötet.



Georg A. Jasmatzki Aktiengesellschaft  
Dresden

## Den Gefallenen.

Die Erde glüht und raucht von Menschenblut:  
Der Acker trinkt's; es strömt in Sumpf und Fluß.  
Aus blauen Wogen gischel ein Vulkan  
Und rote Rosen blühen im Ozean.

In tiefe Wasser sanket ihr hinab,  
Und Wellenhügel schäumen übers Grab.  
Aus Wolken kürzet ihr in Blitz und Brand  
Wie munde Vögel nieder in den Sand.

Und rote Lippen werden blaß und stumm,  
Und bleiche Dämm'ung breitet sich ringsum,  
Und helle Augen, die voll Lust gelacht,  
Erlöschen jäh in morgenloser Nacht...

Schreit ihr zum Himmel auf in eurer Not?  
Ein Gott beherrscht die Erde nun: der Tod.  
Was sind ihm Grenzen, Berge, Strom und Meer?  
In stolzer Allmacht schreitet er einher.

Und wo er Menschen mäht wie Gras und Korn,  
Verstummt der Haß, verblutet Grimm und Zorn.  
Die wild befehlet sich von Hauf zu Hauf --  
Die Erde nimmt sie still als Brüder auf.

O Brüder, deren Leben so verlohrt,  
Wir neigen uns vor eurem Opferlod.  
Doch Kronos schreibt wohl flammend in sein Buch:  
De... Schuldigen der Menschheit ew'ger Fluch!

Ernst Brezang.

## Ypern

Die unglückliche Stadt Ypern, heute schon nichts anderes als ein totes Trümmersfeld, soll nun völlig vom Erdboden verschwinden. So hats, wie aus Le Havre gemeldet wird, der Pariser Kriegsrat beschlossen, weil die Entente ihre Stellung im flandrischen Kampfgebiet dadurch zu verbessern hofft. Was an Kunstschätzen in Ypern noch vorhanden ist, soll nach der gleichen Meldung nach Paris gebracht werden.

So wird denn, wenn sich die Nachricht bewahrheiten und der Beschluß auch tatsächlich zur Durchführung gebracht werden sollte, eines der berühmtesten Gemeinwesen Belgiens zu bestehen aufhören und fürder nur mehr im Gedächtnis der Menschheit fortleben. Länger als tausend Jahre hat diese Stadt bestanden. Sie erhielt schon im Jahre 855 vom Kaiser Karl dem Großen eine Gerichtsbarkeit. Das Völkchen von Ypern, germanischer, und zwar jedenfalls sächsischen Ursprungs, war nicht nur heiter und lebenslustig, es war im frühen Mittelalter auch bereits außerordentlich gewerbfleißig. Im 12. Jahrhundert hatte sich Ypern zu einer der größten und bedeutsamsten Städte der damaligen Welt emporgeschwungen. Man sagt, die Stadt habe damals 200 000 Einwohner gehabt. Das mag übertrieben sein. Wahrscheinlicher ist es, daß Ypern in seiner Blütezeit nur 80 000 Seelen beherbergt hat. Aber auch das ist für jene Zeit ungemein viel und die fünffache Volkszahl, die die Stadt bei Ausbruch des Krieges zählte.

Die Yperner Tuchwirkerei hatte damals, vor 800 Jahren, Welt Ruf. Kaufleute aus Spanien, aus England, aus der Lombardei besuchten die Stadt, und auf ihren Messen mußte damals ein babylonisches Sprachgewirr geherrscht haben. Yperner Tuche wurden in anderen Ländern getragen und galten als die feinsten. So frönte in der westflandrischen Stadt ein für jene Zeiten unerhörter Reichtum zusammen, der freilich durch das damit verbundene, immer

üppiger werdende Wohlleben der Bevölkerung den Verfall des Gemeinwesens beschleunigte, zumal daneben auch noch der Neid der Nachbarn, besonders der Engländer, erregt wurde.

Aber man wußte sich zunächst durch eine starke Befestigung der Stadt vor Angriffen zu schützen, und man stattete das Gemeinwesen mit Bauten aus, die Jahrhunderte hindurch bis in unsere Tage das Entzücken der Kunstfreunde erregt haben. Die großartige St.-Martins-Kathedrale war der reichste Bau flandrischer Gotik. Uebertroffen an Herrlichkeit wurde dieses Gottshaus aber noch durch die weltberühmten Tuchhallen, den großartigsten Monumentalbau der ganzen Niederlande. Im Jahre 1200 beginnend, wurde das in seiner edeln Harmonie und in seiner künstlerischen Ausgestaltung einzig dastehende Bauwerk im Jahre 1304 vollendet. Ein 70 Meter hoher Bestfried krönte den gotischen Wunderbau, der trotz allen Stürmen, denen Ypern im Laufe der Jahrhunderte ausgegesetzt gewesen ist, bis zum Beginn der Kämpfe in Flandern im Herbst des Jahres 1914 unverfehrt erhalten werden konnte.

Der hohen Blüte Yperns hatten freilich schon gegen Ende des 14. Jahrhunderts die mit den Genfern verbündeten Engländer ein Ende gemacht. Der schwarze Tod und eine achtmonatliche Belagerung durch die Spanier im Jahre 1584 verletzten ihr den Rest. Ypern verödete. Die Tuchwirker waren ausgewandert und hatten sich anderwärts, zum Teil in England, niedergelassen, wo sie die Begründer der englischen Webwarenindustrie wurden. Die imposanten Hallen waren verödet; menschenleer waren die weiten Plätze und langen Straßen.

Bis zuletzt hatte Ypern allerdings noch den Weichbildumfang aus der Zeit seiner Größe. Aber in der weiträumigen Stadt lebten zuletzt nur noch 17 000 Einwohner. Längst haben auch diese die zu einer Ruinenstätte zerschossene Stadt verlassen. Nun wird man auch noch die Ruinen beseitigen, und neue Ströme Blutes werden die Gefilde düngen, wo einst Westflanderns schönste Stadt gestanden hat. —m—



# Lichtbilder-Vortrag

Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, bei Steppuhn in Schildlitz.

Vortragender: Parteisekretär Julius Gehl.

Thema: „Indien, ein Stützpunkt der englischen Weltpolitik“.

Eintrittskarten à 20 Pf. sind zu haben in den Gewerkschaftsbüros, der Volkswacht, Paradiesgasse 32, im Zigarrengesch. C. Sölln, Schlüsselamm 56, u. den Konsumgeschäften Tischlergasse u. Langfuhr, Brunnhöferweg. Guten Besuch erwartet Der Arbeiterbildungsausschuss.

## Ein Bundeskauf gegen die Erhöhung der Höchstpreise

Im badischen Landtage teilte der Minister des Innern bei der Beratung der wirtschaftlichen Maßnahmen während des Krieges mit, daß Baden im Bundesrat gegen die Erhöhung der Höchstpreise für Brotgetreide sowie für Hafer und Gerste gestimmt habe. Auch gegen die Erhöhung der Kartoffelpreise werde die badische Regierung stimmen. Es sei beabsichtigt, ähnlich wie im Reich, eine Lebensmittelzentrale mit parlamentarischem Beirat zu bilden.

## Vorforgliche Leute

In Daaden (Rheinland) wurden auf Veranlassung der Behörden in mehreren Ortschaften der Bürgermeisterei bei Landeuten Hausdurchsuchungen abgehalten. Dabei wurde festgestellt, daß eine ganze Anzahl von Bauern große Mengen von Mehl, Hafer und Butter verborgen gehalten hatte. Ein Bauer hatte u. a. nicht weniger als 50 Sack Hafer und Stroh versteckt, bei andern wurden derart große Butter- und Fettmengen festgestellt, daß man glauben sollte, sieben Hungerjahre ständen bevor. Gegen die Besitzer der großen Vorräte soll gerichtliche eingeschritten werden. Wir würden auch anderwärts zu diesem System der Nachforschungen rufen.

## Danziger Nachrichten

Robert Kobusch †.

Am frühen Morgen des 3. Februar ist Robert Kobusch dahin gegangen, woher es kein Zurück gibt. Er stand erst im 55. Lebensjahre und war von Beruf Schuhmacher. Mit ihm ging wieder einer der nicht mehr zahlreichen alten Garde der Danziger Sozialdemokratie von uns. Während des Ausnahmegesetzes, das besonders in Danzig für die Vorkämpfer des Sozialismus eine bitterböse Zeit war, gab es niemand, der sich unermüdet und unverzagter für die Ideale der Freiheit und einer glücklichen Menschheitszukunft einsetzte. Keine Arbeit scheute er, kein Auftrag im Dienst seiner Partei war ihm zu gefährlich. Mit den auch schon nicht mehr unter uns weilenden Genossen Schacht und Janßen war er immer auf dem bedrohlichsten Posten tätig. Aber noch ein besonderes Verdienst muß ihm zugesprochen werden. Mit feinsinnigem Verständnis erkannte er schon früh die hohe Bedeutung des Arbeiterkampfes für unsere Bewegung und trat mit kluger Einsicht für besondere Arbeitergesangsvereine ein. Dem wohl ersten hiesigen Arbeitergesangsverein Freia gehörte er an. Dann wurde er, neben Sellin, Gründer unseres jetzigen bewährten Arbeitergesangsvereins Sängergroß. Mit solcher Treue widmete er sich ihm als Kassierer und Sänger, daß die Sangesgenossen sich vor einigen Jahren zu dem ungewöhnlichen Schritt entschlossen, ihn zu ihrem Ehrenmitglied zu ernennen. Politisch hat Kobusch auch in der Organisation seine Pflicht. Unter dem Ausnahmegesetz gehörte er dem von Otto Jochim intelligent geleiteten Arbeiterbildungsverein an und war seit seiner Gründung Mitglied des sozialdemokratischen Vereins. Die Dessenlichkeit hörte nicht viel von diesem Braven. Seine stille unermüdete Arbeit war viel mehr wert als die von manchem, vor dem Mehr geredet wird. Sie sichert ihm unvergängliches Andenken und wird in der Geschichte der Danziger Sozialdemokratie verzeichnet bleiben.

**Arbeitergesangsverein Sängergroß.** Aus Anlaß des Todes unseres Ehrenmitgliedes, Sangesbruder Kobusch, findet am Sonnabend, dem 5. Februar, abends 8 1/2 Uhr, eine Übungsstunde statt. Das Erscheinen aller Sänger ist Ehrensache!

## Stadtverwaltung und Presse

### Ein Beitrag zur Bekämpfung der Fleischnot

Wie vor einer Kulturgenossenschaft sind die Schranken niedergefallen, die eine äde und dumpfe Zeit lang die Glieder des Volkes trennten, die Schranken, die wir miteinander aufgerichtet hatten, im Mißverständnis, in Mißgunst und in Mißtrauen. Es ist wie eine Befreiung und wie eine Beglückung, daß einmal dieser ganze Wust und Unrat weggefegt worden ist, daß nur noch der Mann gilt, einer dem andern gleich, einer dem andern die Hand reichend für ein einiges, für ein heiliges Ziel. (Beckmann-Hollweg im Deutschen Reichstag am 2. Dezember 1914.)

Die Bedeutung der Presse als des wichtigsten Organs der öffentlichen Meinung ist im Kriege allgemein mehr anerkannt worden. Selbst solche Stellen, die ihr früher nicht immer die gleiche Wertschätzung zollen mochten, haben belehrt durch die Erfahrungen des Krieges, ihren Standpunkt geändert und räumen auch der sozialdemokratischen Presse das gleiche Recht ein. Unser Volk hätte sich ohne die verständnisvolle Mitarbeit der Zeitungen unmöglich so gut den durch die Kriegsnöwendigkeiten veranlaßten häufig sehr ungewöhnlich scheinenden Maßnahmen der Behörden anpassen können. Diesen Verhältnissen Rechnung tragend, haben die Staatsbehörden seit Beginn des Krieges sich auch praktisch der Presse ohne Unterschied der Richtung, genähert. Die Zeitungen erhalten nicht nur Anzeigen oder für den redaktionellen Teil bestimmte Erklärungen und Zuschriften. Die Regierung sichert sich die Erfahrung und den Rat der Presse durch stattfindende Konferenzen. In diesen tauschen hohe Beamte offiziell mit den Männern der Presse, auch der sozialdemokratischen Partei, ihre Meinung aus und erfahren so an der sachkundigsten Quelle,

was das Volk denkt und was ihm frommt. Diese Wertung der Presse ist auch in mehreren Großstädten üblich. In Köln z. B. gibt es leider noch keine sozialdemokratischen Stadtverordneten. In den regelmäßig städtischen Pressekonferenzen aber, die meistens der Oberbürgermeister selber leitet, wird das Wort des Redakteurs der sozialistischen Rheinischen Zeitung sehr beachtet. Danzig hat zwar den Oberbürgermeister und auch den zum großen Teile mit der Leitung der städtischen Kriegsmahnahmen betrauten Direktor des Statistischen Amtes, Dr. Grünspan, aus dem Westen erhalten. Von einer ähnlichen Würdigung der Presse findet man hier trotzdem leider nichts. Als Vermittlungsorgan für das Publikum kann man sie allerdings nicht entbehren. Ueber diese unvermeidliche Berührung gehen die lokalen amtlichen Kreise Danzigs jedoch nicht hinaus. Dabei liegt der praktische Wert ständiger Konferenzen allein schon zur Vermeidung von Irrtümern klar auf der Hand. Wir mußten in dieser Beziehung wieder eine im Burgfrieden für viele vielleicht unglaubliche Erfahrung machen.

Am 22. Januar gaben wir einen Bericht des Obermeisters der hiesigen Fleischerinnung über die Fleischversorgung Danzigs wieder und knüpften daran folgende Bemerkung:

... es ist tief bedauerlich, daß sich der Danziger Magistrat bezüglich dieser Dinge nicht ausführlich ausdrückt. Ohne die Zustimmung des Herrn Gehl hätte die Dessenlichkeit von der Tatsache der städtischen Schweinefleischlieferung an die Fleischer bisher nichts erfahren. Ueber die Verpflichtungen, die den Fleischern für die Abgabe dieses Fleisches auferlegt sind, wissen wir ebenfalls nichts. Warum wird das nicht durch die Presse bekanntgegeben wie es die Verwaltungen anderer Großstädte machen? Hat der Danziger Magistrat keinen Einfluß für eine Beschränkung der Konfektionsfabrikation eingelegt? Auch darüber wäre eine Auskunft zu wünschen. Ob wir sie erhalten werden?

Bei dieser gewiß in Hinblick auf die bestehende Teuerung höchst rücksichtsvolle Kritik sollen wir nun übersehen haben, daß das Statistische Amt am 11. Dezember in einer Notiz mitteilte, daß jene Schweine der Stadt geliefert und an Fleischer weiter gegeben würden. Eigentlich liegt ein Versehen unsererseits gar nicht vor, denn jene Notiz stellte die Schweinefleischlieferung erst in Aussicht, ohne das Datum anzugeben, von dem sie eintreten sollte. Daß das tatsächlich bereits geschehen war, erfuhr die Dessenlichkeit wirklich erst aus dem Bericht des Obermeisters. Die Stadt hat den Beginn der Lieferungen, die Fleischer bei denen das städtische Fleisch zu haben ist, und die Bedingungen, unter denen es abgegeben wird, nicht bekannt gegeben, wie es unsere Nachbarstädte Elbing und Graudenz getan haben. In einer früheren Notiz am 11. Dezember hatten wir gefordert, daß die Fleischer verpflichtet werden sollten, das Fleisch auch als Fleisch zu verkaufen und daß es gegen Marken abgegeben werden sollte. Auch über die Umahme dieses doch gewiß zweckmäßigen und im Interesse der gesamten minderbemittelten Bevölkerung liegenden Vorschlages hat die Dessenlichkeit nichts erfahren. Berücksichtigt worden ist es nicht. Dagegen ist etwas ganz anderes geschehen. Der Magistrat hat die logisch äußerst schwer verständliche Ueberzeugung erlangt, daß wir am 22. Januar durch die Bemerkung, die Dessenlichkeit habe beiläufig durch den Bericht des Fleischerobermeisters von den städtischen Schweinefleischlieferungen Kenntnis erhalten, das Gegenteil von dem am 11. Dezember gemachten Mitteilung von der beabsichtigten Lieferung städtischer Schweine geschrieben hätten. Er ist ferner der Ueberzeugung, wir hätten diese „Unwahrhaftigkeit“ aus Boswilligkeit begangen. Und darum, hat er der Volkswacht ohne der Geschäftsleitung jedoch Mitteilung zu machen, die amtlichen Inserate entzogen! Weil also ein Redakteur nach Ansicht des Magistrats eine Sünde begangen haben soll, wird dem sozialdemokratischen Teil der Bürgerschaft die Bekanntgabe der amtlichen städtischen Anzeigen vorenthalten. So geschehen im Jahre 1916, während der Zeit des großen Völkerrings und des gegenseitigen Vertrauens und Verstehens in einer Großstadt, die sich ihres Liberalismus besonders rühmt. Trotz allem Respekt vor dem gewiß doch nicht einseitig geltenden Burgfrieden, müssen wir über ein solches Verfahren den Kopf schütteln. Wenn die Ansicht des Magistrats bezüglich unseres „Verbrechens“ richtig wäre — ob sie es ist, soll heute nicht zur Erörterung gelangen — so würde sie doch lediglich die Notwendigkeit städtischer Pressekonferenzen beweisen. Dann hätten wir die Möglichkeit, dem Magistrat nachzuweisen, wie sehr er sich bezüglich seiner vorgesehnen Meinung im Irrtum befindet. Für den Magistrat wäre diese Maßregel wohl eine Neuerung, für die Danziger Presse nicht. Denn die Militärbehörde, einschätzig als die städtische es in diesem Falle ist, hält schon längst mit den Redakteuren, auch denen der Volkswacht, Besprechungen ab, wenn das Interesse der Landesverteidigung das nötig macht.

### Beschlagnahme von Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken für Heer, Marine und Feldpost.

Gleichzeitig mit der neuen Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme und Bestandsaufnahme von Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen (W. M. 1000/11. 15. R. A. U.) tritt am 1. Februar 1916 eine Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme und Bestandsaufnahme von Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen für Heer, Marine und Feldpost (W. M. 1300/12. 15. R. A. U.) in Kraft.

Durch diese Bekanntmachung werden eine ganze Reihe einzeln aufgeführte fertige Gegenstände, die als Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände für Heer, Marine und Feldpost in Betracht kommen, beschlagnahmt, gleichviel, aus welchen Rohstoffen die dazu verwendeten Webwaren her-

gestellt sind und ohne Rücksicht auf Farbe und Herstellungsart. So sind beschlagnahmt: Uniformröcke, Litewken, Feldblusen, Mäntel, Hosen, Feldmägen, Halsbinden; Kriegsgefangenen-Anzüge; Drillichjacken, Drillichröcke, Drillichhosen; Männerhemden (nicht Oberhemden und Nachthemden), Männerunterhosen; Helmbegzüge, Tornister, Militär-Rucksäcke, Brotbeutel, Feldzubehörbeutel, Packtaschen, Schanzzeug- und Drahtscheren-Futterale, Feldtaschenüberzüge; Munitions- und Wassertragsäcke, Reiterfuttersäcke, Tränkeimer, Prohischljäcke, Zellsäcke; Zeltbahnen, Zelte, Fuhrpartipläne aus Segeltuch, Sandsäcke. Veränderungen an den beschlagnahmten Gegenständen und Verfügungen über diese sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Webstoffmeldeamts des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Berlin, zulässig.

Ausgenommen von der Beschlagnahme sind: im Gebrauch gewesene oder im Gebrauch befindliche Gegenstände; Gegenstände, welche sich am 1. Februar 1916 im Eigentum von staatlichen oder kommunalen Behörden oder Anstalten, sowie von Vereinigungen für unentgeltliche Liebesgabenbeschaffung, Vereinslagareten und privaten Krankenhäusern befinden; Gegenstände, für welche Lieferungsverträge mit einer Stelle des Heeres, der Marine oder der Feldpost bis zum 1. Februar 1916 abgeschlossen sind, wenn auch alle auf die Lieferungen bezüglichen Zwischen- und Unterverträge bereits bis zum 1. Februar 1916 abgeschlossen waren; Männerhemden und Männerunterhosen, welche nach dem 8. Dezember 1915 aus dem Reichsausland eingeführt sind; Gegenstände, für die bis zum 8. Dezember 1915 eine Ausfuhrbewilligung des Reichszollamts erteilt worden ist.

Abgesehen von der Festsetzung von Ausnahmen von der Beschlagnahme sind bestimmte Vorräte einer jeden Person, deren Mengen im einzelnen in der Bekanntmachung aufgeführt sind, für den Kleinverkauf freigegeben. Diese Mengen sind jedoch nur freigegeben, wenn sie unmittelbar an den Verbraucher veräußert werden und der Verkaufspreis den vor dem Inkrafttreten der Bekanntmachung erzielten Preis nicht übersteigt.

Das Webstoffmeldeamt des Königlich Preuss. Kriegsministeriums ist ermächtigt, das Eigentum an den beschlagnahmten Gegenständen gemäß der Bundesratsverordnung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf auf von ihm bezeichnete Personen zu übertragen. Eine bei dem Königlich Preussischen Kriegsministerium gebildete Bewertungsstelle für Webstoffe wird zunächst eine gütliche Einigung über den Uebernahmepreis mit dem Eigentümer der beschlagnahmten Gegenstände zu erzielen versuchen. Soweit eine Einigung nicht zustande kommt, muß die Preisfestsetzung durch das Reichsschiedsgericht gemäß der erwähnten Bundesratsverordnung erfolgen.

Die Bekanntmachung ordnet gleichzeitig eine monatliche Meldepflicht für alle am 1. Februar 1916 vorhandenen Vorräte der beschlagnahmten Gegenstände an. Die erste Meldung hat bis zum 15. Februar 1916, die folgenden Meldungen haben bis zum 8. eines jeden Monats (erstmalig bis zum 8. April 1916) an das Webstoffmeldeamt der Kriegs-Rohstoff-Abteilung zu geschehen. Für die Meldungen sind mündliche Meldeformen für Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke beim Webstoffmeldeamt durch Postkarte anzufordern. Bei der Meldung von Sandsäcken ist gleichzeitig ein Muster zu übersenden. Außerdem muß jeder Meldepflichtige ein Lagerbuch führen, aus dem jede Veränderung der Vorratsmengen und ihre Verwendung zu ersehen ist.

Der Wortlaut der Bekanntmachung, die eine ganze Reihe von Einzelvorschriften enthält, ist in den Regierungsamts-, Kreisbüros und öffentlichen Anschlagtafeln einzusehen.

## Achtung!

Nur kurze Zeit.

Durch besonders günstigen Kauf eines größeren Schuhwaren-Lagers haben wir Gelegenheit, einen Posten eleganter und einfacher

Herren-, Knaben-, Mädchen- und Kinder-Stiefel

in schwarz und braun.

Damen-Halbschuhe, Sandalen, Turnschuhe,

Arbeiter-Zug-

Schnür- u. Schnallen-

stiefel,

Rindbox-

Agraffen-

Stiefel für Herren.

Pantoffel, Leder.

Mädchen-weiß Leinenschuhe, Babyschuhe etc.

äußerst preiswert unserer werlen Kundschaft zu empfehlen.

Schuhhaus **Stiefelkönig**

G. m. b. H.

Breitgasse Nr. 120.

# Grosser

# Kurzwaren-Verkauf

G. m. b. H. **Freymann** Modernes Kaufhaus

Am Donnerstag, früh 6 $\frac{1}{2}$  Uhr, verschied nach kurzem aber schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden mein innigst geliebter Mann, mein sorgloser Vater, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel.

der Schuhmachermeister  
**Robert Kobusch**

54 Jahre 3 Monate alt.

Danzig, den 3. Februar 1916.

In tiefstem Schmerze  
Die trauernden Hinterbliebenen

Die Beerdigung findet Sonntag den 6. Februar, nachmittags 3 Uhr, von Trauerhalle Schichaustraße 13 aus nach dem heiligen Leichenamtskirchhof statt. [35]

Am 3. Februar nahm der Tod den Schuhmachermeister, Genossen

**Robert Kobusch**

erst wenig über 54 Jahre alt, von uns. Innermüßlich hat er in der schwersten Zeit für den Sozialismus in Danzig seine Pflicht getan. Seine neue Arbeit hinter ihm ein unvergessenes Andenken.

Danzig, den 3. Februar 1916.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

Kege Beteiligung der Genossen bei der Beerdigung erwünscht. [37]

Unser Sangesbruder, der Schuhmachermeister

**Robert Kobusch**

ist am 3. Februar im Alter von noch nicht 55 Jahren unerwartet gestorben.

Wir ihm verbunden mit einem Genossen, dessen Hingabe für die Sache des proletarischen Kampfes sich uns durch die erstmalige Errichtung der Ehrenmitgliederliste als ein ganz anerkanntes Verdienst erwies.

Sein Andenken wird bei uns durch ernstes Streben in jenem Sinne allseitig geehrt werden.

Danzig, den 3. Februar 1916. [36]

Arbeiterversängerverein Sängergesang

**Der Arbeiter-Abstinenz-Bund**

bekämpft den Alkoholgenuss in jeder Form.

Die Leitung der hiesigen Organisation steht auch Lustvoll über  
**Hilfe für Trunksüchtige.**

Entfragen sind an den Genossen **A. Bartel**, Geschäftsstelle bei Volkswacht, Paradiesgasse Nr. 32, zu richten.

**Sämtliches Schreibmaterial**

empfehle die Buchhandlung der Volkswacht, Paradiesgasse 3.



**No 18**  
**J. Borg**

ges. geschätzt  
mit Mundstück und Goldmundstück  
ist und bleibt die

**beste 2 Pfg.-Zigarette.**

Eine  
**willkommene Liebesgabe**  
für unsere Krieger  
im Felde.

Ueberall erhältlich.

**Zigarettenfabrik Stambul**

J. Borg G. m. b. H. Danzig. '14'

Echt garantiert reingekachelten

**Schnupftabak**

aus erstklassigen Kentuckyblättern empfiehlt die Schnupftabakkachelei

**Julius Gosda, Danzig**

Rohtabakhandlung,

Häkergasse 5, II. Priestergasse Nähe der Markthalle. [1]

**Pfaff-Nähmaschinen**

mustergültig für

Gewerbe u. Heimarbeit



**Herm. Wilken & Söhne**

Hellige Geisigasse 127 — Fernsprecher 1237 [7]

**Obst und Südfrüchte**

aus den besten und Gerösteten

am billigsten in der

Obst- u. Südfrucht-Zentrale

Hanstor 7.

Eilt! feinste

Schokolade Qualität!

Große Tafel 0,40 — 0,45 Pf.

Bargmann, Kiel, Höben-

straßenring 37.



**Tran** muß das Schuhfett enthalten, sonst verhindert es nicht das Eindringen des Wassers in das Schuhzeug. [2]

Schuhfett **Tranolin**  
und **Universal-Tran-Lederfett**

forts prompt lieferbar. — Ebenso Del.-Wachs-Schuhputz  
**Nigrin.** (Keine abfärbende Wassercreme.)

Carl Gentner, Chem. Fabrik, Göppingen (Würtbg.)

## Bekanntmachung.

Am 2. Februar 1916 tritt eine Verfügung betreffend Bestimmung und Bestandserhebung von Bekleidungs- und Ausstattungsgegenständen für Heer, Marine und Feldpost in Kraft. Es werden die fertigen Gegenstände, die zur Bekleidung bzw. Ausrüstung von Marine und Feldpost dienen, beschlagnahmt, gleichviel aus welchen Rohstoffen die dazu verwandten Bekleidungsgegenstände hergestellt sind. Einzelnen Gegenstände sind in der Verfügung selbst aufgezählt, den öffentlichen Anschlägen, Regierungsamts- und Kreisblattverordnungen im Wortlaut bekannt gegeben ist. Ebenso gehen daraus die Bestimmungen hervor. Gleichzeitig ist eine monatliche Meldepflicht geordnet, die erste Meldung hat am 15. Februar 1916 an das Stoffmeldeamt der Kriegs-Rohstoff-Abteilung zu geschehen. Die der Meldung ergibt sich aus der Verfügung. Es ist auch ein Buch zu führen, aus dem jede Veränderung der Vorratsmengen ihre Verwendung zu ersehen ist.

Verstöße sind unter Strafe gestellt.

Danzig, Graudenz, Thorn, Kulm, Marienburg,  
den 2. Februar 1916.

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps

Der kommandierende General.

gez. v. Schack, General der Infanterie.

Der Gouverneur der Festung Graudenz.

J. B. gez. v. Hannigs, Generalleutnant.

Der Gouverneur der Festung Thorn.

gez. v. Dickhuth-Harrach, Generalleutnant.

Der Kommandant der Festung Danzig.

gez. v. Pfuß, Generalmajor.

Der Kommandant der Festung Kulm.

gez. v. Büna, Generalmajor.

Der Kommandant der Festung Marienburg.

gez. Frhr. v. Rechenberg, Generalmajor.

## Bekanntmachung.

Der § 5 letzter Absatz der Bekanntmachung V. II. 206/11 K. R. A. betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Holz und stehenden Hützbäumen wird dahin geändert:

Die Bestandsmeldungen sind bis zum 15. Februar 1916 unter Benutzung der vorschriftsgemäß auszufüllenden amtlichen „Meldebögen für Hützbäume“ (§ 6) an die Kriegs-Rohstoff-Abteilung, Section V II des königlich Preussischen Kriegsministeriums Berlin SW. 48, Verlängerte Hedemannstraße 10, zu erstatten.

Danzig, Graudenz, Thorn, Kulm, Marienburg,  
den 29. Januar 1916.

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps

Der kommandierende General.

gez. v. Schack, General der Infanterie.

Der Gouverneur der Festung Graudenz.

J. B. gez. v. Hannigs, Generalleutnant.

Der Gouverneur der Festung Thorn.

gez. v. Dickhuth-Harrach, Generalleutnant.

Der Kommandant der Festung Danzig.

gez. v. Pfuß, Generalmajor.

Der Kommandant der Festung Kulm.

gez. v. Büna, Generalmajor.

Der Kommandant der Festung Marienburg.

gez. Frhr. v. Rechenberg, Generalmajor.

**Hat, Auskunft, Hilfe**  
für Trinker, sittlich Gefährdete, Gesunkenen

erteilt gern die

**Stadtmision, Vorstadt, Graben 52.**

Sprechstunden täglich vorm. von  $\frac{1}{2}$  11— $\frac{1}{2}$  1.

Pastor Zimmermann.